

## Vorlage zur Kenntnisnahme

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 27.05.2021

1. Gegenstand der Vorlage: Abberufung und Neuberufung eines Mitgliedes des Beirates für Menschen mit Behinderung

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat in seiner Sitzung am 20.04.2021 beschlossen, die BA-Vorlage Nr. 1316/V der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Vorlage ist in der Anlage beigefügt.

Dagmar Pohle  
Bezirksbürgermeisterin

Anlage

---

**Vorlage für das Bezirksamt**  
- zur Beschlussfassung -  
Nr. 1316/V

---

- A. Gegenstand der Vorlage: Abberufung und Neuberufung eines Mitgliedes des Beirates für Menschen mit Behinderung
- B. Berichterstatter/in: Bezirksbürgermeisterin Frau Pohle
- C.1 Beschlussentwurf: Das Bezirksamt beschließt auf der Grundlage des BA-Beschlusses 0030/V vom 23.01.2017 die Abberufung und die Neuberufung eines Mitgliedes des Beirates für Menschen mit Behinderung lt. Anlage bis zum Ende der V. Wahlperiode.
- C.2 Weiterleitung an die BVV zugleich Veröffentlichung: Das Bezirksamt beschließt weiterhin, diese Vorlage der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen und umgehend zu veröffentlichen.
- D. Begründung: Es erfolgt die Abberufung und die Neuberufung eines Mitgliedes laut Anlage. Der Beirat für Menschen mit Behinderung vertritt die Interessen der im Bezirk lebenden Menschen mit Behinderung und ist als beratendes Gremium für das Bezirksamt tätig. Grundlage der Tätigkeit ist das Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG) vom 19. Juni 2006.
- E. Rechtsgrundlage: § 15, § 36 Abs. 2 Buchstabe b, f und Abs. 3 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG), § 7 (5) Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG), Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen
- F. Haushaltsmäßige Auswirkungen Bereitstellung der Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800,00 Euro (in Kapitel 3300, Titel 41210) bleibt davon unberührt und wird nicht überschritten.
- G. Zielgruppenrelevante Auswirkungen: In der Arbeit des Beirates werden gleichstellungsrelevante Aspekte berücksichtigt. Umsetzung des LGBG.

Dagmar Pohle  
Bezirksbürgermeisterin

Anlage

